



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Sieger, Robert: St. Germain

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Ferner muß der Zusammenschluß unter Zuhilfenahme aller Erfahrungen und sorgfältigen Erwägungen, unter Heranziehung aller Möglichkeiten und Hilfsmittel zunächst in wirtschaftlicher Hinsicht erfolgen, als Grundlage zu einem festgemauerten Bollwerk. Nicht nur der deutsche Kaufmann und Techniker, der deutsche Handwerker und Bauer müssen die Träger dieser gewaltigen Idee werden. Nicht nur ein Netz von Helfern aus diesen Erwerbsständen muß sich über alle Gegenden spannen, wo Deutsche wohnen, auch der geistige Pionier, der deutsche Lehrer, Schriftsteller, Journalist, Künstler und jeder Hüter deutschen Geisteserbes muß seinen Stein herbeitragen zum Wiederaufbau des zertrümmerten Werkes. Deutsche müssen Deutschen über den Erdball hinweg die Hand reichen, endlos in der Kette, lückenlos in der Umspannung, einig im Ziel.

Vorerst gilt es aber die Not des Augenblicks zu stillen, gilt es unsere aus dem Ausland und den Grenzmarken vertriebenen Landsleute durch tatkräftige Hilfe in der Behauptung ihres Deutschthums zu stärken, sie zu überzeugen, daß das Reich zu ihnen hält, Regierung und Volk, und daß ihre Nöte auch unsere Nöte sind. Ihren Dank werden sie dadurch abtragen, daß sie uns über die wirtschaftlichen und geistigen Bedürfnisse ihrer geopfertem zweiten Heimat unterrichten und uns die Wege weisen, auf denen wir gemeinsam schreiten müssen, um deutsche Weltgeltung wieder aufzurichten und um der Welt ein machtvolleres Bild davon zu bieten, was Deutsche vermögen, wenn die Not sie eint.



St. Germain

Von Professor Dr. Robert Sieger



Wenn ich der Einladung der Grenzboten nachkomme, einige Gedanken über St. Germain auszusprechen, muß ich den Schein vermeiden, mich zu den „Eingeweihten“ zu zählen. Ich bin in Wien am 5. Mai unerwartet eingeladen worden, als „Experte“ für Geographie zu den Friedensverhandlungen zu gehen und war in dieser Eigenschaft vom 14. Mai bis 10. Juni in dem Seinesstädtchen. Ich hatte also Gelegenheit, an den eingehenden internen Beratungen über Grenz- und Minderheitsfragen teilzunehmen, die „Ländervertreter“ in ihrer Arbeit zu beraten und zu unterstützen und den „Generalkommissären“ einiges Material vorzulegen, ferner bei der Festlegung der Grenzvorschläge vom 2. Juni auf Karten verschiedenen Maßstabs und der Herstellung der Grundlagen ihrer statistischen Auswertung mitzuarbeiten. Auf Grund dessen habe ich eine zusammenfassende geographische Kritik dieser Grenzlinie den Generalkommissären überreicht. Die Fertigstellung der Antwortnote in Grenzfragen, welche bekanntlich im wesentlichen an dem Staatsgebiete des deutsch-österreichischen Gesetzes vom November 1918 festhielt, erfolgte auf Grund von Besprechungen der Generalkommissäre mit den einzelnen Ländervertretern, aber erst nach der Abreise dieser „Sachverständigen für die Abgrenzungsfragen“, die zugleich als Vertrauensmänner der Länder angesehen wurden und deren Berufung im Einvernehmen mit den Landesregierungen erfolgt war. Ihre zeitweilige Heimsendung erschien aus verschiedenen Gründen geboten und mußte, da man baldmöglichst Raum für finanzielle Sachverständige benötigte, schon am 10. Juni erfolgen. Mit ihnen wurden die „Experten“ für Völkerrecht, Geographie und Statistik vorläufig entlassen. In den Alpenländern wurde die Bevölkerung

dadurch beunruhigt. Man verlangte vielfach, daß die Vertrauensmänner auch bei den Verhandlungen über nichtterritoriale Fragen in St. Germain bleiben sollten, mindestens aber ihre baldige Rückberufung. Der dort herrschende Raumangel bewirkte aber, daß diese Forderung der Landesregierungen nur unvollkommen erfüllt und nach der zweiten Rundgebung der Gegenseite vom 20. Juli nur eine geringe Zahl von Landesvertretern einberufen wurde. Ich bin daher über alles, was sich nach dem 10. Juni zutrug, nur aus Zeitungsnachrichten und gelegentlichen privaten Mitteilungen unterrichtet. Indem ich dies feststelle, ist auch klargestellt, inwieweit die vielfach auch im Deutschen Reich als besonders erfreuliche Neuheit begrüßte Heranziehung eines geographischen Sachverständigen den Friedensverhandlungen zugute kommen konnte und in welchem Maße diesem Sachverständigen Mitverdienst und Mitverantwortung zukommen kann.

Immerhin glaube ich dadurch, daß ich die Umwelt in St. Germain, die maßgebenden Personen der Friedensgesandtschaft und die französische Presse fast einen Monat lang vor Augen hatte, in manchem ein unbefangeneres Urteil gewonnen zu haben, als daheim möglich gewesen wäre. Dort kann man sich schwer ein richtiges Bild von der Absperrung machen, durch die nicht nur inoffizielle oder unverbindliche Privatverhandlungen, sondern auch jederlei freier Verkehr mit französischen oder anderen Bekannten ebenso ausgeschlossen wurde, wie die erhofften offiziellen Besprechungen. Als ich einem Berliner Freund meine Darstellung dieser Lebensverhältnisse im Grazer Tagblatt vom 7. und 21. Juni schickte, schrieb er mir: „Deine Berichte entsprechen genau dem, was unsere Leute von Versailles erzählen, nur daß dort die Grammophone eine große Rolle spielen, die man losließ, um das Hören der Beratungen mittels des Mikrophons zu vereiteln.“ Solche Vorsichtsmaßnahmen schienen bei uns nicht nötig. Wir hatten den Eindruck, als ob man unseren Beratungen, die ja natürlich bei geschlossenen Türen stattfanden, nicht soviel Beachtung schenke, um über ein geringes und leicht unschädlich zu machendes Maß von Spionage hinauszugehen. Die Absperrung und Beaufsichtigung, die uns keinen Ausgang oder keine Ausfahrt ohne Begleitung erlaubte und auch die wenigen Spazierfahrten nicht in die Nähe von Versailles oder über den Bois hinein in die Stadt Paris gelangen ließ, verhinderte auch Besuche, auf die insbesondere unsere christlich-sozialen Gefährten unter dem Eindruck der Politik des Wiener Gesandten Allizé gehofft hatten, so gut wie völlig. Nur General Slatin empfing häufiger namentlich englische und amerikanische Offiziere; mit ihm wurde auch vom 10. Juni an mündlich über Kriegsgefangenenfragen verhandelt, wie auch einzelne Mitglieder der Delegation an den Besprechungen über Lebensmittelversorgung und wohl auch später an jenen über Entsendung von Arbeitern nach Frankreich teilnahmen. Ob der Sekretär Clemenceaus nach dem Besuche, den er dem Staatskanzler am 29. Mai zur Entschuldigung des letzten Aufschubs abstattete, gelegentlich wiederkam, ist — abgesehen von einem ähnlichen Anlaß im Juli — nicht berichtet worden. Jedenfalls waren die persönlichen Verührungen, die über die zugeteilte Militärmission hinausgingen, nicht wohl für diplomatische Arbeit zu benutzen und die Behandlung nicht, wie viele gehofft hatten, von jener der Versailler Gesandtschaft vorteilhaft unterschieden.

Dieser Vorgang hatte eine um so größere Erschwerung der Arbeit für die Delegierten zur Folge, als auch die Verbindung mit der Heimat recht eingeschränkt war. Sie wird bezeichnet durch eine Äußerung eines früh von St. Germain heimgekehrten Finanzmannes, er habe erst angefangen, wieder unterrichtet zu sein, als er französischen Boden hinter sich hatte. So wie die

Aufklärungsarbeit, die sich an die Öffentlichkeit und besonders die wissenschaftlichen Kreise des Auslandes wandte,¹⁾ von Wien ausgehen mußte und besonders in der Schweiz ihre Zwischenstation fand, mußte daher Wien auch als Boden wieder zur Geltung kommen, auf dem sich freier und unverbindlicher Fühlung nehmen ließ — waren doch dort die Leitung des Auswärtigen Amtes und die fremden Missionen. Die Gefahr, daß die Politik des Staatsamtes mit jener der Gesandtschaft nicht übereinstimme, wurde durch Rücksprache in Feldkirch, sowie durch Kenners diplomatisches Geschick und durch das Band der Parteizusammengehörigkeit zwischen ihm und dem Staatssekretär Bauer hintangehalten. Auch der Umstand, daß der Vertreter des Kanzlers in Wien, der Vorarlberger Fink, also ein Angehöriger eines Landes wirken mußte, dessen Ablösungsbestrebungen immer deutlicher zutage traten, scheint keine politischen Folgen gehabt zu haben. Wohl aber mußte die Stellung der „Wiener Entente-Mission“, deren diplomatische Rolle durch den Abgang einer Friedensgesandtschaft zunächst wesentlich beeinträchtigt schien, im Laufe der Zeit immer mehr an Bedeutung gewinnen. Es scheint, als ob ihr Einfluß, und insbesondere jener Allizés, wieder für die äußere und auch die innere Politik Deutsch-Osterreichs belangreich wurde. Einerseits gewahren wir den Rücktritt Bauers, dessen Ursachen wir nicht genau kennen, der aber auch den formellen Ausdruck des Übergangs von der „italienischen Orientierung“ zur „französischen“, das äußere Eingeständnis, daß die Anschlußpolitik in bezug auf Deutschland vorläufig aufgegeben sei, und ein spätes und kaum ganz freiwilliges Abrücken von der duldsamen Haltung gegen Bela Kun bedeutet, und auch im Innern eins der vielen Hindernisse gegen eine entschiedenere Bekämpfung der Kommunisten beseitigte. Die „italienische Orientierung“, die insbesondere für die Innerösterreicher naturgemäß war und in den geographischen Grundlagen und Interessengemeinsamkeiten des ehemaligen Dreibundes ihre tiefere Begründung fand, sich vornehmlich gegen die Südslaven richtete, war Anfang Juni durch die Hartnäckigkeit, mit der Italien auf der Brennergrenze bestand und durch die Preisgabe des steirischen Drautals unmöglich geworden. Die Italiener, welche immer wieder erklärt hatten, Marburg sei ihnen nicht weniger wichtig als Triest, hatten offenbar durch den Gewinn von Tarvis und Sexten sich ihr Interesse an der Drautalbahn ablaufen lassen, und gegen eine „Internationalisierung“ der Bahn, über deren Wert sie sich bei der bekannten jugoslawischen Vertragstreue keiner Täuschung hingeben können, in eine Verrückung der Grenze weit in deutsches Gebiet herein bis an und über die Mur eingewilligt. Dadurch ging auch ein Rückhalt gegenüber den Lockungen Allizés verloren. Wie weit diese bei dem späten Rücktritt Bauers mit wirksam waren, ist meiner Beurteilung entrückt. Die „Wiener Missionen“ waren aber — und das erscheint mir weiter als Grund und Anzeichen ihrer veränderten Stellung — der einzige Faktor innerhalb der Entente, an den man sich wenden konnte, um für die deutsch-österreichischen Auffassung eine Stütze oder Fürsprache zu finden. Es scheint, daß sich unsere Vertretung in Wien und St. Germain geradezu auf seine Kenntnis der sachlichen und örtlichen Verhältnisse gegenüber den Fälschungen und gehässigen Einflüsterungen der „österreichischen Nachfolgestaaten“, die als Bundesgenossen das Ohr des obersten Rates haben, berufen hat. War doch aus dem Texte der Friedensbedingungen zu erkennen, daß diese nicht von den sachverständigen Kommissionen, die an Ort und Stelle die Tatsachen erhoben hätten, sondern von Politikern formuliert wurden, die

¹⁾ Vgl. die Flugblätter für deutsch-österreichisches Recht und zahlreiche Einzelschriften.

vielfach unwissend und gehässig waren. Wir Innerösterreicher vermögen das z. B. genauer in bezug auf die amerikanischen Kommission festzustellen, welche die Verhältnisse in Steiermark und Kärnten studiert hatte, und hier wie dort den Eindruck sachlichen Ernstes und unbefangener Gerechtigkeitsliebe zurückschickte. Slovenische Politiker haben selbst erzählt, wie sie diese verdächtigt haben, als ob sie durch die Grazer Geselligkeit und die Reize der Grazerinnen bestochen worden sei; diese Slovenen haben dafür in letzter Stunde in Paris Druckschriften mit geradezu unsinnigen und längst erledigten Behauptungen über Sprachgrenze und geographische Verhältnisse verbreitet, die wir so spät kennen lernten, daß eine Widerlegung erst nach dem 2. Juni erfolgen konnte. Da unsere Feinde bei den Leitern der „fünf Hauptmächte“ unbehindert aus- und eingingen, konnte man auf einen Erfolg dieser Widerlegung nicht rechnen. Der amerikanische Kollege, der mir selbst sagte, er solle bei den Friedensverhandlungen als geographischer Beirat anwesend sein, hätte die Unhaltbarkeit der slawischen Erfindungen sofort erkannt und darlegen können; aber, soviel ich höre, hat man ihn nach seiner Rückkehr aus Österreich rechtzeitig mit einer Mission — in die Ukraina betraut. Dies Beispiel für viele zeigt, daß kaum ein anderer Weg als durch die Wiener Vertretungen der Entente übrig blieb, um die schriftlichen Darlegungen Kenners zu stützen. Wie weit dieser Weg geführt hat und an welche Bedingungen sein Betreten etwa geknüpft war, kann ich nicht beurteilen.

Sollte die Absperrung von der Bevölkerung verhindern, daß diese von den tatsächlichen Verhältnissen und von der Ungerechtigkeit der Bedingungen erfahre, die man uns zumutete, dem eigenen Volk aber nicht voll mitteilte, so hatte die Ablehnung mündlicher Verhandlungen (in St. Germain weit mehr und weit ausschließlicher als in Versailles) den Zweck, uns an der Beobachtung und Ausnützung der inneren Gegensätze und Meinungsverschiedenheiten zu verhindern, die bei den Gegnern bestehen. Diese sind deutlich zu erkennen. Z. B. ist auf Grund der Abweichungen zwischen dem Texte des Entwurfs vom 2. Juni und dem gleichzeitig der Presse gegebenen „Résumé“, sowie auf Grund slovenischer Äußerungen deutlich, daß die Slovenen wiederholte Änderungen in bezug auf Kärnten erreichten. Als aber die „Hauptmächte“ durch die Unterzeichnung des Versailler Friedens von ihren kleinen Bundesgenossen unabhängiger wurden, zogen sie sofort wieder Abänderungen in Betracht, die in dem Text vom 20. Juli mehr oder weniger durchgeführt sind, und für uns immerhin eine Milderung bedeuten. Das Auftreten der Rumänen, Polen, Tschechen und Südslaven am 28. Mai, an dem sie eine nochmalige Einsicht in den Entwurf forderten und dadurch dessen Überreichung um drei Tage verzögerten, zugleich auch die Ausscheidung gewisser Bestimmungen bis auf weiteres erreichten, ist geradezu als eine Revolte gegen die fünf anzusehen. Unter solchen Umständen kann man nur den Weg einschlagen, daß man durch umständliche Beratung einen für alle Verbündeten unbedingt verbindlichen Wortlaut festlegt und Änderungsvorschläge, wenn sie sich nicht ablehnen lassen, nicht mit der Gegenseite, sondern nur unter sich erörtert. Man mußte denn einem Kongreß zustimmen! Diese Starrheit der Verhandlungsform stellte unsere Unterhändler vor eine schwere Aufgabe. Durch die Unterzeichnung des Versailler Vertrags wurde diese teils erschwert, da durch ihn vieles festgelegt wurde, was man sonst vielleicht hätte ändern können, aber auch zum Teil erleichtert, da der Abschluß in St. Germain dadurch weniger dringlich wurde und man Deutsch-Österreich, das nun endgültig isoliert, klein und ungefährlich erschien, auch eher entgegenkommen kann und

vielleicht auch mag. Am schwersten wiegt aber wohl, daß dadurch mittelbar der Anschlußgedanke aufgegeben oder auf weithinaus vertagt und daß uns jeder Rückhalt bei einer Ablehnung der uns zugemuteten Bedingungen entzogen wurde. Ob Deutsch-Österreich eine solche wagen kann oder ob eine der vielen verhängnisvollen Folgen des Entschlusses der deutschen Reichsregierung, die Waffenstillstandsbedingungen unverändert anzunehmen, auch die sein muß, daß Deutsch-Österreich (oder wie es nach dem Vertragsentwurf heißen soll, Österreich) zu einer Kolonie der Entente herabsinkt, wird die Zukunft lehren und der Historiker ferner Zeit erst voll beurteilen können. Die gegebene Politik für den Staatskanzler bestand darin, durch Vorstellungen und Aufklärungen die furchtbaren Bedingungen der Gegner zu mildern und den baldmöglichsten Eintritt unseres Staats in den Völkerbund anzustreben.

Diese Politik hat Renner klug, zäh und gewandt verfolgt. Er hat niemand einen Zweifel darüber gelassen, daß er aus der ihm zukommenden alleinigen Vollmacht und Verantwortung auch das Recht und die Pflicht ableitet, die endgültige Form aller von der Gesandtschaft ausgehenden Äußerungen selbst zu bestimmen. Und er scheint auch in der Auswahl seiner engeren vertrauten Mitarbeiter innerhalb der Delegation vollkommen selbständig vorgegangen zu sein. Schon die beiden Reden beim Austausch der Vollmachten und bei der Entgegennahme der Vertragsbedingungen tragen unverkennbar das Gepräge seiner Persönlichkeit und in einigen wichtigen Sätzen auch seiner Parteizugehörigkeit. Ich denke dabei auch an die Anklagen gegen das alte Österreich und den Satz, daß es ein Gefängnis für seine Völker gewesen sei. Jedenfalls verstand er seinen Ausführungen die achtungsvolle Aufmerksamkeit der Gegner zu gewinnen und sich, auch durch kleine Unfertigkeiten in seinem Auftreten, eine „gute Presse“ zu schaffen, obwohl unsere Gesandtschaft von den Pariser Blättern geradezu mit Hohn begrüßt worden war. Engherziger Parteigeist hat leider heimische Blätter verleitet, sich zum Echo des „Matin“ zu machen und uns als würdelose, immer lächelnde Freßer und Säuser hinzustellen. In Wahrheit ist es ihm und seinen Mitarbeitern gelungen, die nachdrückliche Behauptung unserer Grundanschauung, daß Deutsch-Österreich nicht der Rechtsnachfolger der Monarchie, sondern ebenso ein „Sukzessionsstaat“ ist, wie Polen oder der Tschechenstaat, mit einer bescheidenen Form glücklich zu verbinden. Die Übermacht der Gegner wurde rückhaltlos anerkannt, aber gerade aus dieser „Schiedsrichterstellung“ ihre Pflicht abgeleitet, alle Teile zu hören; so wurden unsere Einwände und Widerlegungen als Aufklärungen und Rat schläge vorgebracht und immer wieder betont, daß wir zu weiteren wahrheitsgetreuen Auskünften jederzeit bereit sind, aber die Lebensbedingungen unseres Staates und seiner Bewohner nicht aufgeben können. Angesichts der starren Gebundenheit der Gegenseite an den zwischen ihren Regierungen vereinbarten Wortlaut der Paragraphen, die es sehr erschwerte, Änderungen im Vertragstexte selbst zu erzielen, schlug der Staatskanzler einen Weg ein, der eine Verständigung erleichtert. Er suchte den durchführenden Organen, etwa der Entschädigungskommission, in möglichst vielen Fällen die Vollmacht zu sichern, daß sie auf Grund ihrer Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse und im Hinblick auf die künftigen Möglichkeiten und Entwicklungen die abstrakten Forderungen der Vertragsartikel unserer wirklichen Leistungsfähigkeit anpassen können. Es ist zu hoffen, daß dies in wichtigen Punkten erreicht wird. Ein erster Erfolg war die Aufhebung des im Artikel 49 des zehnten Teiles festgelegten Rechtes der „Sukzessionsstaaten“, deutsch-österreichischen Besitz auf ihrem Staatsboden mit Beschlagnahme zu belegen und zu liquidieren. Auch in Gebietsfragen sind einige

kleine Zugeständnisse gegenüber den Forderungen vom 2. Juni auf die erste Antwort hin erzielt worden.

Diese beispielsweise angeführten und andere erreichte oder zu erhoffende Milderungen können dem Vertrag freilich nur einen kleinen Teil der fürchterlichen Härten nehmen, die in den Flugblättern für Deutsch-Österreichs Recht knapp, aber eindringlich geschildert sind²⁾ und welche die wirtschaftliche Vernichtung des jungen Staates bedeuten. Auch wenn Darlegungen, wie die der eben genannten Schrift und der Friedensgesandtschaft selbst, die das mit Nachdruck tat, die Entente überzeugen, daß manche dieser einem verblendeten Haß entsprungenen Bestimmungen nicht ihrem eigenen Interesse entsprechen und durch eine einseitige Begünstigung der „Sukzessionsstaaten“ die andern verbündeten Mächte sogar schädigen müßten, so werden doch so gut, wie alle jene Härten bleiben, von denen ihre Staatsmänner diese Überzeugung nicht gewinnen. Und selbst wenn sie einsehen, daß das alte Österreich eine einzige gemeinsame Liquidationsmasse darstellt, selbst wenn sie für diese eine gerechte, von slawischen Einflüsterungen unbeirrte Liquidation durchführen wollen und — können, bleibt der Friede noch unerträglich. Er nimmt Deutsch-Österreich einen großen und wertvollen Teil geschlossenen, deutschen Volksbodens mit Millionen von Einwohnern, er nimmt ihm sein geschlossenes Verkehrsnetz und die freie Verfügung über seine Verkehrswege, er nimmt ihm seine produktivsten Gebiete. Selbst wenn uns Deutschwestungarn ehrlich vermeint ist und uns die doktrinaire Bedenklichkeit des Staatskanzlers und der Regierung, die nicht zugreifen, sondern eine durch magyarische Gewalttaten vorbereitete Volksabstimmung abwarten wollen, diese reife Frucht nicht schon verscherzt hat — selbst dann bleibt Deutsch-Österreich in seiner Ernährung, seinem Kraft- und Rohstoffbezug von den unfreundlichen Nachbarn abhängig. Es wird belastet mit einseitiger Meistbegünstigung für die Gegenseite und mit finanziellen und wirtschaftlichen Verpflichtungen von erdrückender Wucht. Es wird seine Valuta, die durch die Lebensmittel- und Kohlenversorgung allein von Tag zu Tag mehr verschlechtert wird, auch durch Verpfändung seiner bescheidenen Kapitals- und Bodenschätze nicht in Ordnung bringen können (diese sind ja größtenteils schon an die „hilfreiche“ Entente verpfändet) und selbst, wenn die feindlichen Mächte in ihrem eigenen Interesse ihm zu Hilfe kommen und die drückenden Umrechnungsbestimmungen aufheben wollen, ist es keineswegs vor dem drohenden Bankrott gesichert. Die Lebensbedingungen Wiens sind schwer bedroht und mit der Hauptstadt muß der ganze Staat schwer mitleiden. Darüber können uns alle Loslösungsbestrebungen der Länder nicht täuschen und nicht hinweghelfen. Die Grenzführung muß diese Bestrebungen verstärken. Nordtirol und Vorarlberg werden fast gezwungen, ihren Anschluß anderswo zu suchen. Es ist mehr als fraglich, ob der Staat, dem der Zusammenschluß mit dem Deutschen Reiche unterbunden werden soll, allein lebensfähig ist. In einer „Donaukonföderation“ aber wäre er dem überlegenen Druck der Slaven und Rumänen ausgeliefert, würde zu einem Helotenstaat. Nicht einmal ausreichenden Minderheitenschutz für die abgetretenen Deutschen, nicht einmal eine freie Volksabstimmung im Großteil der deutschen und der wirtschaftlich mit ihnen eng verbundenen deutsch-freundlichen Grenzgebiete gesteht man uns zu; einen kleinen Teil Kärntens allein können wir durch eine solche retten. Dagegen sollen die nicht deutschen Minder-

²⁾ Vgl. insbesondere die Hefchen 33, 34 und 37: Unser Friede! 1. Die Kundgebung der Nationalversammlung vom 7. Juni. 2. Die Antwort der Vertreter der deutschen Südetengebiete. 3. Josef Schenk, Finanzminister a. D., Der wirtschaftliche Vernichtungs-friede, Wien, Bölder 1919. —

heiten in unserem Staat so weitgehende Sonderrechte genießen, daß er den Namen eines Nationalstaates nicht verdienen würde. Ein solcher Friede bedroht uns mit Mangel, Not und innerer politischer Verwirrung. Selbst wenn er angenommen wird, bleibt er undurchführbar, kann nicht von Dauer sein. Wir müssen uns durch Arbeit wieder kräftigen und den großdeutschen Gedanken festhalten, bis er zur Verwirklichung gelangen kann. Aber selbst die Möglichkeit des inneren Wiederaufbaus durch Arbeit, den das Deutsche Reich so großzügig in Angriff nimmt, droht uns die durch die Friedensbedingungen geschaffene Verwirrung zu nehmen. Darum muß die Bemühung unserer Regierungen auf eine „Revision“ des Friedens gerichtet sein. Der Beitritt zum „Völkerbund“ vergrößert — das müssen wir uns eingestehen — die Hoffnung auf eine baldige Erreichung dieses Zieles einigermaßen, aber nicht so wesentlich, daß wir uns mit ihm trösten können, selbst wenn er uns zugestanden wird. So bleibt fast nur die Hoffnung auf eine unerwartete Wendung der weltpolitischen Verhältnisse, auf die Nemesis, die der Hybris zu folgen pflegt. Für ihre Zeit müssen wir unser Volkstum rüsten, indem wir es sittlicher und seelischer Gefundung zuführen, von der es heute weit entfernt ist.

Abgeschlossen am 26. August 1919.



Über deutsch-polnische Handelsbeziehungen



achdem der Friede von Versailles abgeschlossen, und die Blockade aufgehoben ist, wird nun auch in Deutschland ernstlich daran gedacht, zur Friedenswirtschaft überzugehen. In allen mittelbar oder unmittelbar am Kriege beteiligten Ländern herrscht Warenhungers. Deutsche Industrie und deutscher Handel, die vor dem Kriege einen bedeutenden Teil des Weltmarktes beherrschten, sollen nach teilweiser Einstellung und nach Anpassung an die Kriegsverhältnisse ihre Tätigkeit wieder aufnehmen und ihr zerrüttetes und zersplittertes Erbe wieder antreten. Mit den internationalen Handelsbeziehungen kommt neues Leben in die durch Kriegsoffer, Inlands-handel und erdrosselnde Friedensbedingungen verarmten deutschen Lande.

Politische Unsicherheit im In- und Auslande, sowie die endlosen Streiks drängen die nach Kunden und Lieferanten ausschauende deutsche Handelswelt von den wirtschaftlichen Beziehungen gewaltsam zurück. Von einer Aufnahme regulärer internationaler Handelsbeziehungen kann daher nur im bescheidenen Umfange die Rede sein.

Rußland kommt, solange dort keine geordneten Zustände herrschen, für wirtschaftliche Beziehungen nicht in Betracht. Auch kann heute an die Deckung der riesigen Bedürfnisse Rußlands und der Ukraine an landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten (für die Ukraine Mindestbedarf im Jahre 1915 festgestellt auf eine Million Pflüge, 250 000 Erntemaschinen, 80 000 Drill- und Sämaschinen) aus Mangel an Rohprodukten bei uns nicht gedacht werden. Für die Erze, die wir heute aus Schweden beziehen, liefern wir dorthin Maschinen und zwar verhält sich die Lieferung der Erze zu der der Maschinen wie 15 zu 10. Dieser Überschuß an Erzen muß zur Inbetriebsetzung und Aufbesserung unserer Industrie verwendet werden. Die deutsche Erzgewinnung ist mit der Vorkriegszeit Elsaß-Lothringens vom Deutschen Reiche stark zusammengeschrumpft. Wann Deutschland spanische Erze erhält, ist noch nicht vorauszusehen. Günstiger ist die Lage einiger anderer Industriezweige.